

BESCHLUSSVORLAGE V0958/19 öffentlich	Referat	Referat II
	Amt	Kämmerei
	Kostenstelle (UA)	0300
	Amtsleiter/in	Leupold-Herrmann, Mirjam
	Telefon	3 05-13 08
	Telefax	3 05-13 19
	E-Mail	kaemmerei@ingolstadt.de
Datum	05.11.2019	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Finanz- und Personalausschuss	21.11.2019	Vorberatung	
Stadtrat	05.12.2019	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2020
(Referent: Herr Fleckinger)

Antrag:

1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2020 wird beschlossen (Nr. 1 der Anlage 1).
2. Der Verwaltungshaushalt wird budgetmäßig festgesetzt (Nr. 2 der Anlage 1).

gez.

Franz Fleckinger
Berufsmäßiger Stadtrat

- Anlage 1: Haushaltssatzung und Festsetzung des Verwaltungshaushaltes
- Anlage 2: Gruppierungsübersicht
- Anlage 3: Verpflichtungsermächtigungen
- Anlage 4: Eckwerte (Allgemeine Finanzmasse)
- Anlage 5: Vorabdotierungen
- Anlage 6: Vorbericht

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt: <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

1. Wie in den Vorjahren stützt sich die Mehrzahl der Planansätze bei den Einnahmen und Ausgaben der Allgemeinen Finanzmasse auf sorgsam vorgenommene Prognosen und Schätzungen. Die am 17.10.2019 dem Finanz- und Personalausschuss vorgelegten Eckwerte zur Ermittlung der Allgemeinen Finanzmasse konnten weiter konkretisiert werden und sind zur Beschlussfassung nun mit Anpassungen wie folgt vorzulegen:

Bei der Haushaltsplanaufstellung sind u.a. folgende Rahmendaten berücksichtigt:

• Konzessionsabgabe:	7,35 Mio. Euro	(2019:	7,30 Mio. Euro)
• Grundsteuer B:	29,53 Mio. Euro	(2019:	29,21 Mio. Euro)
• Gewerbesteuer:	101,00 Mio. Euro	(2019:	62,28 Mio. Euro)
• Anteil Einkommensteuer:	105,85 Mio. Euro	(2019:	102,97 Mio. Euro)
• Anteil Umsatzsteuer	28,91 Mio. Euro	(2019:	29,78 Mio. Euro)
• Schlüsselzuweisung	16,23 Mio. Euro	(2019:	25,84 Mio. Euro)
• Gewerbesteuerumlage:	8,84 Mio. Euro	(2019:	9,97 Mio. Euro)
• Bezirksumlage:	50,64 Mio. Euro	(2019:	37,31 Mio. Euro)
• Zuführung zum VermHH:	11,61 Mio. Euro	(2019:	7 TEuro)

Die Verteilung des Überschusses der Allgemeine Finanzmasse (Eckwerte) auf die Referatsbudgets, den nicht budgetierten Bereich, die Vorabdotierungen und den von der Stadt Ingolstadt verwalteten fiduziarischen Stiftungen (Elisabeth-Hensel-Stiftung, Stiftung Dr. Reissmüller, Stiftung Sebastiani-Bruderschaft) ist in der Anlage 1, Punkt 2.1 dargestellt.

Wichtige Ausgabegruppen innerhalb der Budgets sind die Personal- und Sozialausgaben.

An Personalausgaben sind 148,49 Mio. Euro veranschlagt.

Die Berechnung der Personalausgaben erfolgte unter Berücksichtigung von Stellenmehrungen und unter den folgenden Voraussetzungen:

Bei der Besoldung der Beamten wurde entsprechend der gesetzlichen Regelung eine Erhöhung um 3,2 % ab dem 01.01.2020 berücksichtigt. Im Tarifbereich wurde eine Erhöhung um durchschnittlich 1,06 % ab dem 01.03.2020 eingerechnet. Diese Erhöhung ist die letzte aus dem Tarifergebnis 2018. Der Vergütungstarifvertrag endet zum 31.08.2020 und ab September 2020 wurde eine Steigerung der Tariflichen Entgelte um 3,0 % angenommen.

Die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung blieben unverändert auf dem aktuellen Stand. Bei der Zusatzversorgung für die TarifmitarbeiterInnen sowie für die Beamtenversorgung beim Bayerischen Versorgungsverband bleiben die Beitrags- und Umlagesätze ebenfalls gleich.

Die Sozialleistungen im Amt für Soziales und im Jobcenter werden wie folgt geplant:

	Einnahmen (Gr. 19, 24, 25 und Amt für Soziales auch Gr. 16)	Ausgaben (Gr. 73 – 79 und Amt für Soziales im Bereich Asyl auch Gr. 50 – 54)
Amt für Soziales	16.715.500	17.683.500
Jobcenter	34.051.000	45.965.000

Amt für Soziales

Im Haushaltsjahr 2019 beliefen sich die geplanten Ausgaben für den Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf etwa 6,80 Mio. Euro. Im Jahr 2020 werden diese Ausgaben aufgrund stetig wachsender Fallzahlen und der Erhöhung der Regelsätze auf voraussichtlich 7,24 Mio. Euro ansteigen. Seit 2014 werden diese Ausgaben vom Bund zu 100 % erstattet.

Aktuell (Stand 30.09.2019) befinden sich im Stadtgebiet Ingolstadt insgesamt 1.064 Asylbewerber. Hiervon sind 822 Personen in den Großeinrichtungen (BayTMI, Ankerzentrum, Dependancen und Gemeinschaftsunterkünften) untergebracht. Alle anderen Personen wohnen in dezentralen Unterkünften bzw. in Privatwohnungen.

Im Haushaltsjahr 2020 sind für den Asylbereich voraussichtlich 8,61 Mio. Euro aufzuwenden. Diese Ausgaben werden der Stadt Ingolstadt von der Regierung von Oberbayern ebenfalls zu 100 % ersetzt.

Jobcenter

Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II – Aufgabenbereich Jobcenter) werden sich im Jahr 2020 um voraussichtlich 701.000 Euro erhöhen. Gründe hierfür sind die Regelsatzerhöhung 2020, die Erhöhung der Mietobergrenzen ab 01.07.2019 und neue Gesetzesvorhaben (Teilhabechancengesetz und Verbesserungen bei Bildung und Teilhabe).

Die Ausgaben für den Lebensunterhalt und die neuen Gesetzesvorhaben werden vom Bund voll erstattet, bei den Ausgaben für die Unterkunft erstattet der Bund in 2020 voraussichtlich nur 41,8 %. Nach einem vorliegenden Gesetzentwurf soll diese Beteiligung allerdings noch auf 47,5 % steigen. Zudem wird das Jobcenter aufgrund des erhöhten Zuganges von Flüchtlingen in den Jahren 2018/2019 für das Jahr 2020 höhere Mittel vom Bund erhalten. Aus diesem Grund erhöhen sich die Einnahmen des Jobcenters im Vergleich zum Vorjahr um ca. 740.000 Mio. Euro.

Der **Vermögenshaushalt 2020** kann mit einer vorgesehenen Rücklagenentnahme von 117,48 Mio. Euro aufgestellt werden. Da in 2019 Tilgungen i. H. v. 243 TEuro geleistet wurden, ist der Kernhaushalt der Stadt in 2020 als schuldenfrei auszuweisen.

Die Investitionen sind mit rd. 169,63 Mio. Euro veranschlagt (2019: 159,18 Mio. Euro), davon für Baumaßnahmen rd. 81,51 Mio. Euro (2019: 71,72 Mio. Euro), wobei für Hochbaumaßnahmen 57,41 Mio. Euro und für Tiefbaumaßnahmen 22,38 Mio. Euro vorgesehen sind.

Die Schwerpunkte der Investitionen sind:

- Sanierungen und Erweiterungen von Schulen
(GS Münchener Straße, Christoph-Kolumbus-GS, MS Südost Neubau,
GS/MS Gotthold-Ephraim-Lessing, Reuchlin-Gymnasium)
- Neubau FOS/BOS mit Tiefgarage
- Neubau Museum für Konkrete Kunst und Design
- Neubau Kita Odilostraße
- Neubau Kita Waldeysenstraße
- Investitionszuschüsse für die Schaffung von Kindergarten- und Hortplätzen
- Investitionszuschüsse für die Schaffung von Krippenplätzen
- Investitionsumlage an Krankenhauszweckverband für Generalsanierung
- Bezirkssportanlage Südwest, Lüftungsanlage Schützenheim und Turnhalle
- Neubau Jugendfreizeitstätte Piustreff
- Neubau Stadtteiltreff Augustinviertel
- Straßenentwässerungsanteil (INKB)
- Ausbau Ostumgehung Etting
- Erneuerung von Fahrbahnen
- Ausbaumaßnahmen Ortsstraßen
- Umbau Roßmühlstraße und Umfeld
- Ausbau von Rad- und Gehwegen
- Grunderwerb und Kapitaleinlagen

Für den Grunderwerb sind 21,91 Mio. Euro und für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens sowie immateriellen Vermögensgegenständen 10,13 Mio. Euro vorgesehen.

Die Ansätze des Vermögenshaushaltes 2020 sind aus dem Investitionsprogramm ersichtlich, welches im **Tagesordnungspunkt Finanzplanung** behandelt wird.

